

Editorial

Im November 2021 ging der sechste Kreistag des Landkreises Oder-Spree in seine zweite Halbzeit.

Die Linksfraktion hatte ihr Wirken in der ersten Hälfte dieser Wahlperiode in einer Halbzeitbilanz zusammengefasst. Die wurde mit der letzten Ausgabe des Widerspruch ausgeliefert und kann auch von der Homepage der Fraktion abgerufen werden.

Die Informationen über den Dezember-Kreistag liefern wir heute nach. Das war

nach dem Kreistag am 8. Dezember im alten Jahr nicht mehr zu schaffen.

Mit unseren Informationen konzentrieren wir uns – wie immer – auf die Initiativen der Linksfraktion im Kreistag, die ansonsten bis auf Ausnahmen medial kaum vermittelt werden.

Wer ein weitergehendes Bild über die Kreistage erhalten will, sei auf die Informationen im Bürgerinformationssystem verwiesen (<https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/info.php>).

Der nächste große Krieg in Europa veranlasst mich, auf die detaillierte Beschreibung der kommunalpolitischen Aktivitäten der Fraktion zwischen den Kreistagen zu verzichten und statt dessen an Karl Liebknecht zu erinnern.

Alle mögen sich ein Urteil bilden, wie heute mit seinen Forderungen umzugehen ist.

Dr. Artur Pech
Vorsitzender der Fraktion DIE Linke

Zwischen den Kreistagen

Gedenken und Krieg



Parteivorsitzende, Fraktionsvorsitzende und Bundesausschuss zum stillen Gedenken für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 9. 1. 2022 auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde; v.l.: Susanne Hennig-Wellsow, Janine Wissler, Amira Mohamed Ali, Dietmar Bartsch, Petra Pau, Artur Pech; Foto: Martin Heinlein

Es ist höchste Zeit, Karl Liebknechts nicht nur still zu gedenken, sondern sich auf seine Grundpositionen zum Krieg zu besinnen.

■ Am 3. Dezember 1914 schrieb er: „Die deutsche Parole „Gegen den Zarismus“ diene – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole „Gegen den Militarismus, – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen

sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Prole-

des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus ... hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein ... Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür

triat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.“

■ Und im Mai 1915: „Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde. **Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!** Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.“ Und noch immer gilt seine Forderung: „**Alles lernen, nichts vergessen!**“



Foto und Montage: Dr. Artur Pech

Der Dezember-Kreistag 2021

Organisatorisches

Eingangs hatte der Kreistag über seine Durchführung als Hybridsitzung zu beschließen. Dafür war mindestens eine Mehrheit von zwei Dritteln (38 Stimmen) erforderlich.

Seit dieser Sitzung ist die gemeinsame Fraktion mit dem PIRATEN im Kreistag Geschichte. Die Trennung hatte nichts mit der Kommunalpolitik zu tun. Sie ging auf die prinzipielle Ablehnung der von der LINKEN vertretenen Politik in der Corona-Pandemie durch Dr. Felix Mühlberg zurück. Da war eine Verständigung auch zu kommunalen Problemen nicht mehr möglich.

Die Linksfraktion war zum Dezember-Kreistag mit folgenden Initiativen aktiv

■ Schülerbeförderung unter den Bedingungen der Pandemie:

Wir wollten den Landrat beauftragen, die Schülerbeförderung durch den Einsatz zusätzlicher Busse so zu entlasten, dass auf dem Weg zur/von der Schule in den Bussen angemessene Hygienebedingungen eingehalten werden können.

Seit Beginn der Pandemie war bereits mehr als ein Jahr vergangen, ohne dass im Landkreis Oder-Spree Maßnahmen zur Entlastung der Beförderung auf dem Weg zur/von der Schule ergriffen wurden.

Zwischenzeitlich hatte sich das Infektionsgeschehen bei Kindern und Jugendlichen deutlich verschärft. Es war aus unserer Sicht nicht zu verantworten, für den Schulweg höhere Infektionsrisiken in Kauf zu nehmen, während in den Schulen pandemiebedingte Hygienemaßnahmen durchgeführt wurden. Deshalb hatte die Linksfraktion den Antrag eingebracht, kurzfristig – spätestens jedoch bis zum Unterrichtsbeginn im Januar 2022 – die Schülerbeförderung durch den Einsatz zusätzlicher Busse so zu entlasten, dass auf dem Weg zur/von der Schule in den Bussen die angemessene Hygienebedingungen eingehalten werden können.

Den festgestellten Problemen konnte im Kreistag nicht widersprochen werden. Eine Mehrheit des Kreistages hat dennoch den Antrag mit teils hanebüchenen und bürokratischen Ausreden abgelehnt. Das würde doch Geld kosten und im Übrigen sei das Land in der Verantwortung.

Den Schülerinnen und Schülern werden in der Schule belastende Hygienekon-

zepte verordnet, aber in den Schulbussen spielt Überfüllung keine Rolle. Da soll es reichen, wenn Maske getragen wird. Und die Eltern können ihre Kinder ja auch zuhause behalten, denn die Präsenzpflicht ist aufgehoben. So fand staatliches Versagen seine kommunale Fortsetzung. Die Gesundheit unserer Kinder sollte unwichtiger sein, als der zusätzliche Aufwand für den Kreishaushalt.

■ Radweg zur L43 von Diehlo bis Möbiskrüge

Auf unseren Antrag hat der Kreistag den Landrat beauftragt, mit dem Baulastträger eine Vereinbarung über den Bau eines straßenbegleitenden Radweges an der L 43 zwischen Diehlo und Möbiskrüge anzustreben und dem Kreistag das Ergebnis dieser Bemühungen vorzulegen.

Sofern eine Vereinbarung nicht zustande kommt, ist dem Kreistag eine rechtskonforme Lösung vorzuschlagen, mit der die bestehenden Probleme für den Fahrradverkehr im genannten Abschnitt behoben werden können.

Ohne eine Lösung des Problems wird der Landkreis einer Abstufung dieses Straßenabschnitts nicht zustimmen.

Zwei Vorlagen der Verwaltung

■ Zwischenbericht Tesla

Mitte 2021 hatte eine gemeinsame Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Landkreises und von Bürgermeistern und Amtsleitern betroffener Kommunen einen Bericht vorgelegt, in dem die mit der Tesla-Ansiedlung verbundenen kommunalen Probleme umfassend dargestellt wurden.

Nach einer Vorstellung der Arbeitsergebnisse durch die Kreisverwaltung hat nunmehr der Kreistag die Kreisverwaltung beauftragt, „weiterhin gemeinsam mit den Gemeinden an den anstehenden Fragenstellungen zu arbeiten (...)“. Dies betrifft insbesondere die Wahrnehmung seiner koordinierenden und ausgleichenden Funktion sowie:

1. die Umsetzung der geförderten Projekte aus der Planungsförderrichtlinie
 - „Integrierte Entwicklung von Wohnungsbau und sozialer Infrastruktur im Umfeld der Tesla-Gigafactory Berlin-Brandenburg in Grünheide (Mark)“
 - „Förderung der Fahrradmobilität und Verbesserung der Infrastrukturqualität im niederrangigen Straßennetz im Umfeld der Tesla-Gi-

gafactory Berlin-Brandenburg in Grünheide (Mark)“,

2. die Etablierung einer attraktiven, klimafreundlichen und grünen Wohnsiedlung (Gartenstadt) im Tesla-Umfeld zur Verkehrsvermeidung,
3. Umsetzung des entwickelten Radwegkonzeptes im Tesla-Umfeld sowie seine kontinuierliche Erweiterung,
4. Umsetzung und Fortführung des Regionalmanagements Oderland-Spree zur Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten,
5. Umsetzung und Fortführung des Regionalmanagements zur Etablierung einer Regionalmarke Oderland-Spree,
6. Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Handlungskonzept „Schaffung und Sicherung insbesondere von bezahlbarem, altersgerechtem, alternativen und an den ÖPNV angebundenen Wohnraum im ländlichen Raum unter Sicherung des Klima- und Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit“.

Darüber hinaus beauftragte der Kreistag die Kreisverwaltung, die Lösung der Probleme der Infrastruktur (insbesondere Verkehr und Finanzierung der sozialen Infrastruktur), welche in der Zuständigkeit des Landes liegen, weiterhin vom Land Brandenburg einzufordern.

■ Baubeschluss für die Errichtung von 60 Wohnungen für Geflüchtete in der Gemeinde Schöneiche bei Berlin, Vorlage: 033/2021

Es handelte sich hier um einen Folgebeschluss, mit dem nun die vorangegangenen Entscheidungen umgesetzt werden. Zu wünschen ist künftig eine konstruktivere Zusammenarbeit mit der Gemeinde, da derzeit der Landkreis und die Gemeinde Schöneiche nebeneinander, jeder für sich, bauen.

Der Beschluss ist notwendig, um nach mehrjähriger Verzögerung ein Startsignal zu geben und die Kosten nicht für andere Projekte zu verplanen.

Gebaut werden sollen danach Wohnungen für Menschen, die in den Landkreis zugewiesen wurden und für die alle Formalitäten (Anerkennungsverfahren) abgeschlossen sind und die auch deshalb nicht in den vom Landkreis getragenen Unterkünften verbleiben sollen.

Der Bau soll in einer solchen Weise erfolgen, dass nach der erhofften Erfüllung dieses Zwecks die Umwandlung in Sozialwohnungen möglich ist.

Der Februar-Kreistag 2021

Initiativen der Linksfraktion:

■ Stromkosten

Die Linksfraktion brachte folgenden Entschließungsantrag ein:

„Im Landkreis Oder-Spree als Optionskommune sind sowohl die allgemeinen Sätze der Grundsicherung als auch die Kosten der Unterkunft – bestehend aus Kaltmiete, Betriebs- und Heizkosten – Positionen des Kreishaushalts.

Für die Heizkosten hat der Landkreis wegen der gestiegenen Energiepreise seinem Haushalt für 2022 gegenüber 2021 einen Zuwachs von 25 Prozent angesetzt. Die Berechtigten haben in diesem Falle einen gesetzlichen Anspruch auf die Erstattung der angemessenen Kosten.

Die Strompreise, die einer ähnlichen Entwicklung unterlagen, sind jedoch aus dem Regelsatz zu bestreiten. Dessen marginale Erhöhung gleicht den tatsächlichen Mehraufwand bei weitem nicht aus.

Um Notlagen zu vermeiden erwartet der Kreistag einen Ausgleich für die Preissteigerungen der Energiepreise im Regelsatz, der den tatsächlichen Aufwand deckt.

Der Landrat wird beauftragt, diese Forderung dem zuständigen Bundesministerium zu übermitteln.“

Dieser Antrag entstand im Ergebnis der Diskussionen über den Kreishaushalt 2022.

Es bestand und besteht hinsichtlich der vollen Übernahme der angemessenen Heizkosten keine Differenz zwischen der Linksfraktion und der Kreisverwaltung. Das Problem sind die aus dem Regelsatz zu bestreitenden Stromkosten. Darauf hat auch eine „Optionskommune“ – wie der Landkreis Oder-Spree – keinen Einfluss. Und da sind einige Zahlen zu nennen:

Der Stromverbrauch je Haushalt beträgt durchschnittlich 3.106 kWh im Jahr.

Der sogenannte Arbeitspreis pro Kilowattstunde hat sich auch bei seriösen Anbietern im Laufe des Jahres 2021 stark erhöht. In meiner Energieabrechnung um 6,19 ct/kWh, von 25,7 auf 31,89 ct/kWh.

Das macht für den Einpersonenhaushalt bei 1.958 kWh rund 121 €, und für einen 2-Personenhaushalt bei einem Verbrauch von 3.196 kWh rund 198 € Mehrkosten im Jahr aus.

Der Regelsatz für den Warenkorb, in dem die Stromkosten stecken, wurde allerdings nur um 26 ct. Im Monat, das sind

3,12 € im Jahr erhöht. Auf dem Rest bleiben die Betroffenen nach dem gegenwärtigen Stand sitzen.

Und falls sie in den letzten Tagen etwas von einem Energiekostenausgleich gehört haben sollten, müssen sie genau anhören: Der ist nur für die Bezieher von Wohngeld gedacht. Die Menschen in Hartz IV gehören nicht dazu. Und denen geht es schon vom Ansatz schlechter, als den Wohngeldberechtigten. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf.

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree hat den so begründeten Antrag am 9. Februar 2022 in namentlicher Abstimmung beschlossen.

■ Schuldnerberatung

Bei der Behandlung des Kreishaushalts haben wir zwei Anträge eingebracht, mit denen Notsituationen von Menschen im Landkreis gemildert werden sollten.

Da ging es zunächst um die Schuldnerberatung. Sie sollte wieder auf den im Haushalt 2018 ausgewiesenen Betrag angehoben werden.

Diese Aufgabe kann nicht durch eine bloße Fortschreibung des im Jahre 2021 ausgewiesenen Betrages gelöst werden. Eine solche Herangehensweise trägt nicht der Steigerung der Insolvenzfälle und der Schulden als eine Wirkung der Pandemie Rechnung und berücksichtigt auch nicht die allgemeine Tarifentwicklung, die von den Trägern der Schuldnerberatung bewältigt werden muss.

Hier wurde mit bürokratischen Argumenten die Problemlage schlicht bestritten und der Antrag abgelehnt.

Wie sehr wir dennoch recht hatten, machen aktuelle Pressemeldungen deutlich: Im Jahr 2021 haben 109.031 Menschen in Deutschland Privatinsolvenz angemeldet. Im Jahr 2020 waren es noch 56.324. Das ist eine Steigerung um 93,6 Prozent. Die Ursachen liegen auf der Hand:

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie erschüttern viele Haushalte. Der Bundesagentur für Arbeit zufolge versechsfachte sich während der Pandemie die Zahl der Selbstständigen, die Hartz IV beantragten. Entsprechend stark wuchs der Anteil ehemals Selbstständiger an den Privatinsolvenzverfahren im letzten Jahr. Und wenn Schulden partout nicht mehr bezahlt werden können, bleibt nur noch die Privatinsolvenz.

Aber eine Mehrheit des Kreistages hat hier wohl aus der Perspektive gutsituier-

ter Menschen entschieden, die solche Probleme für sich nicht sehen.

■ Die Tafeln

Die GefAS mit Sitz in Erkner bedient die Tafeln in Fürstenwalde, in Storkow und in Beeskow zu einem erheblichen Teil mit überregional eingeworbenen Lebensmitteln. Dies zieht bei vier Standorten im Landkreis bereits für sich einen erheblichen Transportaufwand nach sich. Zugleich sind die Transportkosten (Treibstoffkosten) insbesondere seit dem Beginn des Jahres 2021 erheblich gestiegen. Es liegt daher im Interesse des Landkreises, für den Betrieb der Tafeln einen angemessenen Ausgleich für diesen Mehraufwand zu leisten.

Hier waren die Gegenargumente aus dem Kreistag regelrecht abstrus und es scheint sich eine regelrechte Aversion auszutoben.

Gegen den dargestellten Sachverhalt konnte es keine Argumente geben: Bei der Bedienung von vier Standorten fällt nun einmal ein erheblicher Transportaufwand an. Und die Preisentwicklung an den Tankstellen im Jahr 2021 konnten alle verfolgen, die selber dort tanken.

Aber in diesem konkreten Falle die Ablehnung damit zu begründen, dass da ja andere Tafeln dann nicht bedacht würden, ist schon ziemlich daneben: Es gibt keinen weiteren Träger im Landkreis, der Tafeln an vier verschiedenen Standorten betreibt.

Unser Antrag wurde abgelehnt.

Es macht wohl bei solchen Beschlüssen einen Unterschied, dass die Beteiligten zu denen gehören, bei denen am Ende des Monats noch genügend Geld übrig ist, und nicht zu denen, die am Ende des Geldes noch ein Stück Monat übrig haben.

■ Verkehrsprobleme, Umfahrung

Erkner/Wasserprobleme

Die Linksfraktion hatte folgenden Entschließungsantrag eingebracht:

„Der Kreistag Oder-Spree hat mehrfach von den für Bundes- und Landesstraßen zuständigen Institutionen eine Lösung zur Entschärfung der seit geraumer Zeit unzumutbaren Verkehrssituation im Bereich Erkner und Neu Zittau gefordert. Die voraussichtlich bevorstehende Inbetriebnahme der Tesla ‚Gigafactory‘ in Freienbrink wird diese Situation weiter verschärfen.

Der Landkreis Oder-Spree hat die in seinen Möglichkeiten liegenden Maßnahmen

eingeleitet, um dieser Verschärfung entgegen zu wirken und drückt seine Empörung darüber aus, dass der Landtag des Landes Brandenburg bei der Feststellung belassen will, für eine Ortsumfahrung gäbe es keine Lösung.

Wenn es für eine im Osten Deutschlands einmalige Investition insgesamt sehr kurzfristige Lösungen gibt, dann muss es auch Lösungen für die davon betroffenen Menschen geben.

Der Landrat wird beauftragt, diesen Protest der Landesregierung, dem Landtag und dem Bundesverkehrsministerium zu übermitteln.“

Der Landtag des Landes Brandenburg hat das Problem am 19. Januar 2022 erörtert.

Der hier vorgelegte Antrag ist ein Ergebnis dessen, was sich da abgespielt hat. In Kurzfassung und ohne jede epische Breite lässt sich die dortige Mehrheitsposition auf die Formel bringen:

Wir haben keine Lösung für Erkner und Neu Zittau und deshalb wird eine solche Lösung auch nicht gebraucht. Und im Übrigen wollen die Repräsentanten der betroffenen Kommunen auch gar keine Lösung.

Arroganter geht es kaum. Der Kreistag hat von der Landesregierung und vom Landtag mehrfach mit großer Mehrheit eine Lösung eingefordert. Mir drängt sich da die Schlussfolgerung auf: **Den Potsdamern sind die Probleme der Menschen in unserer Region egal.**

Unverständlich bleibt allerdings, wie auch Landtagsabgeordnete aus Erkner, die auch die dortige Stadtverordnete repräsentieren, in diese Kerbe hauen können.

Die mit der Industrieansiedlung von den Ausmaßen der „Gigafactory“ verbundenen Probleme können von den Kommunen nicht gelöst und dürfen ihnen deshalb auch nicht überlassen werden. Wenn es dabei bleibt, werden die Proteste gegen dieses Agieren weiter zunehmen. Die kommunale Ebene darf nicht zum Prellbock für die Verweigerung von Lösungen durch Bund und Land werden.

Von der gleichen Arroganz für die Probleme vor Ort zeugt auch die Ausschussdebatte im Landtag um die Probleme der Trinkwasserversorgung in der Region.

Die Aussage von Herrn Bähler vom Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE), dass hier sehenden Auges gegen die Wand gefahren wird, musste dort widersprochen bleiben, weil sie schlicht zutreffend ist. Während sich in Brandenburg der Trinkwasserverbrauch von 1991 bis 2018 etwa halbiert hat, hat er sich im

WSE in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Im Ergebnis hat der WSE jetzt eine Satzung erlassen, mit der das Trinkwasser rationiert werden kann. Das Wasser aus der Region ist zum begrenzenden Faktor für Zuzug und Industrieansiedlung geworden.

Nun geht es im heute vorliegenden Entschließungsantrag zunächst um Verkehrsprobleme.

Eigentlich besteht außerhalb des Potsdamer Dunstkreises große Einigkeit, dass die Probleme ein überregionales koordiniertes Herangehen verlangen. Nur ist dieser Erkenntnis bisher in Potsdam nichts Merkliches gefolgt.

Der Kreistag darf sich unter diesen Umständen nicht dem Prinzip des „Teile und Herrsche“ unterwerfen, mit dem die Äußerungen aus der Kommunalpolitik erst unter den Tisch gekehrt werden, um sich anschließend unter Berufung auf kommunale Zuständigkeiten aus der Verantwortung zu stehlen.

Der Kreistag hat diese Angelegenheit zur Behandlung in die Ausschüsse verwiesen. Ziel ist es, zu einer gemeinsamen Position des Landkreises und der betroffenen kreisangehörigen Kommunen für eine Lösung zu kommen.

■ **Verstärkung der Buslinie 443 – Frankfurt (Oder)–Müllrose–Eisenhüttenstadt**
Nach der Sperrung der Strände am Helenesee ist für viele Frankfurter das Freibad am Großen Müllroser See die nächste „Ausweich-Badestelle“. Da an den Wochenenden kein Busverkehr auf der BOS-Linie 443 von Frankfurt über Müllrose nach Eisenhüttenstadt angeboten wird und von Montag bis Freitag auch nur der Schulbusverkehr gefahren wird, ist in der Badesaison mit starkem PKW-Verkehr zu rechnen, der die Umwelt belastet und besonders an den Wochenenden die Parkplatzkapazitäten überfordert.

Ein Busangebot ist ökologisch sinnvoll und kann auch die wirtschaftliche Tätigkeit von kleinen Betrieben befördern, die insbesondere in der Pandemie schwer zu leiden hatten/haben. Deshalb hatte die Linksfraktion den Antrag eingebracht:

„Der Landrat wird beauftragt, in Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt (Oder) für die Buslinie 443 von Frankfurt (Oder) nach Eisenhüttenstadt über Müllrose in der Sommersaison (analog zur regionalen Ausflugslinie A 400) mindestens für den Zeitraum der Schließung der Badestrände am Helenesee:

1. für die Wochenenden eine Ausflugslinie einzurichten (A443);

- 2. für die Wochentage Mo.–Fr. das Fahrplanangebot auf dieser Linie zu verdichten;*
- 3. die Haltestellen „Freibad“ in beiden Richtungen zu bedienen;*
- 4. zu prüfen, inwieweit (analog zur Linie A 400 für Radtouren u.a. durch das Schlaubetal) ein Fahrradtransport ermöglicht werden kann.*
- 5. Nach Wiedereröffnung der Strände am Helenesee zu prüfen, ob diese Linien-erweiterung bestehen bleiben bzw. in welchem Umfang sie weiterbetrieben werden kann.“*

Dieser Antrag wurde zunächst kontrovers diskutiert und dann zur weiteren Beratung in den Ausschuss verwiesen. Da die Verwaltung zugesagt hat, die angesprochenen Probleme mit der Stadt Frankfurt (Oder) und den betroffenen Kommunen ohne weiteres Abwarten zu beraten, besteht die Aussicht, noch bis zum Beginn der Badesaison 2022 zu einer Lösung zu kommen.

■ **Ortsdurchfahrt Briesenluch**
Mit der Beschlussvorlage 001/2022 hatte die Kreisverwaltung einen Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6744 Abschnitt 030, OD Briesenluch eingebracht. Dazu gab es in der Einwohnerschaft von Briesenluch Diskussionen insbesondere über die Ausgestaltung der straßenbegleitenden Rad-/Gehwege. Deshalb hatte die Linksfraktion beantragt, den Grundsatzbeschluss mit der Regelung zu ergänzen, die Hinweise aus der Bürgerschaft des bewohnten Gemeindeteils Briesenluch im Ortsteil Markgrafpieske der Gemeinde Spreenhagen im Planungsverfahren angemessen zu berücksichtigen und in Vorbereitung des Baubeschlusses dem Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt zur Kenntnis zu geben.

Die Verwaltung hat ein entsprechendes Verfahren zugesagt, wobei zu berücksichtigen ist, dass sowohl Rad- als auch Gehweg in der Ortsdurchfahrt nicht in der Zuständigkeit des Landkreises liegen. Hier ist auch eine angemessene Reaktion der Gemeinde gefordert.

Impressum:
Linke Politik im Kreistag Oder-Spree – Informationen der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de;
Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden
Redaktionsschluss: 4. März 2022
Auflage: 1 000 Exemplare
Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech